

Aus der Stadtverordnetenversammlung vom 05.02.2018 wird berichtet:

Tagesordnung:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018
-Beratung und Beschlussfassung-
2. Investitionsprogramm 2017 bis 2021
-Beratung und Beschlussfassung-
3. Beantragung von Vorhaben im Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen
-Beratung und Beschlussfassung-
4. Antrag der SPD-Fraktion zum Management von leerstehenden Immobilien und innerörtlichen Freiflächen
-Beratung und Beschlussfassung-
5. Antrag der FDP-Fraktion zur Installation von Geschwindigkeitsanzeigetafeln
-Beratung und Beschlussfassung-
6. Antrag der SPD-Fraktion zur zukünftigen Gestaltung der Hagengärten als Vorhaben
im Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen
-Beratung und Beschlussfassung-
7. Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung der Landesstraße 3233 im Bereich Friedrichsthal bis Westuffeln
-Beratung und Beschlussfassung-
8. Anfragen
9. Mitteilungen

Zu TOP 1) Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018

Zum Tagesordnungspunkt liegt allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung ein schriftlicher Änderungsantrag zum Produkt 36201 „A Jugendarbeit der Stadt Grebenstein“ der CDU-Fraktion vor. In den Ausschüssen wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion dazu vorgelegt; in der Haupt- und Finanzausschusssitzung einigten sich beide Parteien auf einen gemeinsamen Antrag, über den in der Folge abgestimmt wird.

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den folgenden Beschluss:

Das Budget für die Ferienspiele für Kinder in den Sommerferien wird von derzeit 5.000€ auf 7.500 € erhöht. Die zusätzlichen Haushaltsmittel werden als erweiterter Verfügungsrahmen für eine Neukonzeption der Ferienspiele bereitgestellt. Der Magistrat wird gebeten, rechtzeitig vor Beginn der Ferienspiele in Verbindung mit dem Jugendpfleger und der Kindergartenleitung ein attraktives und pädagogisch

fundiertes Betreuungskonzept für die Ferienspiele zu erstellen, insbesondere mit der Option der Verlängerung der Ferienspiele auf 4 Wochen. Als Betreuer sollen weiterhin Studenten/innen oder auch Personen mit Jugendleiterausbildung gewonnen werden. Die Finanzierung erfolgt über den Überschuss im Ergebnishaushalt.

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den weiteren Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 in der allen Stadtverordneten vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung.

Zu TOP 2) Investitionsprogramm 2017 bis 2021

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021 in der allen Stadtverordneten vorliegenden Fassung

Zu TOP 3) Beantragung von Vorhaben im Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen

Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes 3 verlässt Stadtrat Herdina gem. § 25 HGO den Sitzungsraum.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde im Bau- und Umweltausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss von Bürgermeister Sutor nachfolgender Änderungsantrag gestellt, den die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Projekte letztmalig im Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen zu beantragen:

- Sanierung der Wehrtürme (inkl. Sanierungskonzept): 640.000 €
- die Erstellung einer Konzeption und Umsetzung für eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte innerhalb der Wehrtürme: 50.000 €
- Einrichtung Generationengarten an der Kulturwerkstatt: 150.000 €
- Umgestaltung Rathaus und direktes Umfeld: 70.000 €
- barrierefreier Eingang Rathaus: 30.000 €
- Machbarkeitsstudie Innenstadt: 75.000 €
- Einzelprojekte im Rahmen Machbarkeitsstudie: 300.000 €
- Anreizfinanzierungsprogramm: 70.000 €
- Ausfinanzierung Hochzeitsberg 7: 70.000 €
- Kernbereichsmanagement: 120.000 €
- Zentrumsbeitrag: 12.500 €

Die Mittel sind in zukünftigen Haushalten und Investitionsplänen zu veranschlagen.

Zum Ende des Tagesordnungspunktes 3 kehrt Stadtrat Herdina in den Sitzungsraum zurück und Stadtverordnetenvorsteher Zanger informiert ihn über das Abstimmungsergebnis.

Zu TOP 4) Antrag der SPD-Fraktion zum Management von leerstehenden Immobilien und innerörtlichen Freiflächen

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sowohl mit der Stadtparkasse Grebenstein als auch mit der Hessischen Landgesellschaft mbH (HLG) konkrete Verhandlungen zu führen, mit dem Ziel, einen Partner zu gewinnen, mit dem individuelle Konzepte zur Beseitigung, Umnutzung oder Bebauung der immer mehr verfallenden und leerstehenden Immobilien und Freiflächen – in privatem sowie öffentlichem Eigentum – erarbeitet und umgesetzt werden können.

Als Hilfestellung für eine Konzepterarbeitung soll insbesondere das Leerstandskataster genutzt werden, der Leerstand in den Stadtteilen ist in die Konzepterarbeitung einzu-beziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet nach Vorstellung der Verhandlungsergebnisse sowie der Konditionen über eine entsprechende Beauftragung.

Zu TOP 5) Antrag der FDP-Fraktion zur Installation von Geschwindigkeitsanzeigetafeln

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Grebenstein wird beauftragt zu prüfen, Radar-Geschwindigkeitsanzeigen im Stadtgebiet aufzustellen.

Zu TOP 6) Antrag der SPD-Fraktion zur zukünftigen Gestaltung der Hagengärten als Vorhaben im Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen

Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes 3 verlässt der Stadtverordnete Nebenführ gem. § 25 HGO den Sitzungsraum.

Der ursprüngliche Antrag der SPD-Fraktion wurde mit Zustimmung der SPD-Fraktion im Bau- und Umweltausschuss in den folgenden Beschlussvorschlag abgeändert.

Der Magistrat wird beauftragt, sich um eine Aufnahme in das Bund/-Länderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ zu bemühen und bei einer Aufnahme sind für die Neugestaltung der Hagengärten als naturnahes Erholungsgebiet Fördermittel zu beantragen.

Dieser Beschlussvorschlag wird im Folgenden behandelt.

Stadtverordnete Burghardt stellt für die CDU-Fraktion den nachstehenden Änderungsantrag, der von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen wird:

Der Magistrat wird beauftragt, sich um eine Aufnahme in das Bund/-Länderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ zu bemühen.

Bei einer Aufnahme sind für die Neugestaltung der Grünflächen als naturnahes Erholungsgebiet Fördermittel zu beantragen, nachdem der Stadtverordnetenversammlung

- die zur Disposition stehenden Flächen und
- die Höhe der zu erwartenden Fördermittel bekannt gegeben wurden
- und der zu erwartende Bedarf an Eigenkapital die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erhalten hat.

Zum Ende des Tagesordnungspunktes 6 kehrt Stadtverordneter Nebenführ in den Sitzungsraum zurück und Stadtverordnetenvorsteher Zanger informiert ihn über das Abstimmungsergebnis.

Zu TOP 7) Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung der Landesstraße 3233 im Bereich Friedrichsthal bis Westuffeln

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung den folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, bei Hessen Mobil den Antrag zu stellen, die Landesstraße L 3233 im Abschnitt zwischen Friedrichsthal und Westuffeln kurz- bis mittelfristig zu sanieren.

Zu TOP 8) Anfragen

SPD-Anfrage zu Kleingärten

1a) Ist dem Magistrat der Stadt Grebenstein der verwilderte, verwahrloste und vermüllte Zustand der Gärten z. B. am Kelzer Weg und am Verbindungsweg von der Friedrichthaler Str. zum Sauertal bekannt?

1b) Was gedenkt der Magistrat dagegen zu tun?

Ggf. wäre hier auch der Landkreis Kassel (Untere Bauaufsichtsbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde) zuständig bzw. zu beteiligen.

Durch die Aufgabe der Gärten in diesen Bereichen vermüllen die Gärten zusehens und werden als Abstellplatz für alte Autos, Wohnwagen, Container und zur Ablagerung von Müll usw. genutzt. Neben dem für Bewohner und Besucher trostlosem Anblick sind auch Verunreinigungen des Erdreiches durch auslaufendes Öl, Benzin oder Diesel nicht auszuschließen.

Zu 1a) Dem Magistrat sind selbstverständlich die Zustände der Gärten bekannt, die sich in keinem guten Zustand befinden.

Zu 1b) Leider ist die Angelegenheit nicht so einfach wie sie sich auf den ersten Blick darstellt.

Im Jahre 1999 hat die Stadt viele Kleingartengebiete nachträglich legalisiert und Bebauungspläne aufgestellt, die den Status quo festgeschrieben haben. Leider wurden dabei nicht alle Kleingartengebiete legalisiert. Sicherlich gab es dafür gute Gründe, hier wäre die eigentliche Unvereinbarkeit mit dem Wasserrecht und dem Naturschutz zu nennen.

Verstöße gegen Baurecht werden von der Unteren Bauaufsicht geahndet. Hier wurde bereits vor einigen Jahren ein möglicher Eingriff thematisiert. Das Problem ist dabei, dass die Bauaufsicht nicht gegen einzelne illegale Kleingärten vorgeht, sondern ausnahmslos gegen alle. Hiervon wären also auch (illegale) Kleingärten betroffen, die sich in einem ansehnlichen Zustand befinden und die von ihren Nutzern bereits seit mehreren Jahrzehnten bewirtschaftet werden. Und genau das ist das Dilemma! Im Bereich des Abfallrechts wurde bereits mehrfach vorgegangen, aber auch hier haben wir ähnliche Grenzen. Gleiches betrifft die Beteiligung der Unteren Wasser- und Naturschutzbehörde. Wenn ein Eingreifen erfolgt, dann flächendeckend, ohne Ausnahmen.

CDU-Anfrage zum aktuellen Sachstand der Untersuchung zum Breitbandausbau "Kabel bis ins Haus"

1. Wie weit ist die Untersuchung fortgeschritten, welche Erkenntnisse konnten bisher gewonnen werden?

2. Kann ein Breitbandausbau mit einheitlicher Übertragungsgeschwindigkeit sowohl für das Stadtgebiet als auch für die Ortsteile zeitnah in Aussicht gestellt werden?

Zu 1. Über die Untersuchungsergebnisse soll nach Abschluss eine Bürgerversammlung stattfinden.

Zu 2. Dem Magistrat stellt sich die Frage, was unter zeitnah verstanden wird. Innerhalb der nächsten 24 Monate ist dies sicherlich nicht zu erreichen, da sehr unterschiedliche Marktmechanismen zu betrachten sind. Wie weit sich der Markt weiter entwickelt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden. Da aber in den Stadtteilen zum Teil mit staatlicher Förderung ein Ausbau betrieben worden ist, ist dies zunächst nicht zu erwarten.

Allein die Betrachtung der Kernstadt ergibt ein sehr heterogenes Erscheinungsbild. Hier gibt es aktuell Bandbreiten von 0,384 kBit/s bis über 200 Mbit/s.

Zu TOP 9) Mitteilungen

1. Danksagung Förderverein Kindergarten und Grundschule

Der Förderverein bedankt sich bei allen Mandatsträgern für die großzügige Spende der Sitzungsgelder vom 15.12.2018.

2. Erinnerung Interfraktionelle Sitzung am 19.02.2018

Bereits um 19:00 Uhr beginnt die Interfraktionelle Sitzung zum Thema wiederkehrende Straßenbeiträge.

Zugesagt haben Frau Rauscher vom HSGB, Bürgermeister Stefan Hable aus Naumburg sowie Bürgermeister Arnim Roß aus Kaufungen.

3. Öffentliche Stadtführungen von Herrn Gebhardt

Im Jahr 2017 haben an Stadtführungen von Herrn Gebhardt von April bis Oktober 86 Personen teilgenommen.

4. Feierliche Eröffnung des Europa-Informationszentrum

Das Regierungspräsidium Kassel wird Teil des Netzwerks EUROPE DIRECT der Europäischen Kommission und informiert Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Als Auftakt für weitere Veranstaltungen zu europäischen Themen findet am 22.02.2018 um 17:00 Uhr die feierliche Eröffnung statt.

Als Festredner konnte Staatssekretär Mark Weinmeister gewonnen werden.

Anmeldungen bitte bis zum 14.02.2018 über das Vorzimmer.

5. Interkommunale Zusammenarbeit bei der Energiegenossenschaft Reinhardswald

Am 22.01.2018 überbrachte Regierungspräsident Dr. Lübcke den Zuwendungsbescheid zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit der Kommunen Fulda, Grebenstein, Immenhausen und Trendelburg in der Energiegenossenschaft Reinhardswald.

Daran teilgenommen hat auch MdL Brigitte Hofmeyer.

Das Geld wird in den nächsten Tagen an die Stadt überwiesen, die es dann im Rahmen einer Kapitalaufstockung der beteiligten Kommunen der EGR zur Verfügung stellt.

Das private Genossenschaftsmitglied hat bereits eine Kapitalaufstockung in Höhe der jeweiligen Kapitalerhöhung pro Kommune geleistet.

Es wird mit der Förderung ausdrücklich das Vorhaben der EGR gewürdigt und als vorbildliche Zusammenarbeit im Rahmen der Umsetzung zur Energiewende herausgestellt.

Am Freitag, 16.03.2018 findet um 19:00 Uhr in Immenhausen im Glasmuseum eine Informationsveranstaltung für alle kommunalen Mandatsträger der Mitgliedskommunen statt.

6. Sturm Friederike, Schäden

Die Stadt Grebenstein ist insgesamt bei dem Sturmereignis glimpflich davon gekommen. Es gab und gibt eine Menge umgestürzter Bäume, einige Schäden sind an privaten Gebäuden und am DGH Schachten entstanden.

Im Wald sind hauptsächlich Nadelhölzer durch Windbruch in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere in Udenhausen.

Aufgrund des Wetters konnten noch nicht alle Bäume beseitigt werden, dies betrifft besonders die Gemarkung, da die Felder bisher zum Befahren nicht tragfähig waren.

7. DGH Udenhausen

Leider gibt es noch kein Ergebnis vorzuweisen, jedoch finden immer noch Besichtigungstermine statt.

Der Alt-Pächter wird dankenswerter Weise im Februar die Kegelveeine versorgen und das Kegeln ermöglichen.